

Marktliberalismus

1.

Unter »Marktliberalismus« wird eine Gesellschaftskonzeption verstanden, bei der der Markt die zentrale Steuerungsfunktion besitzt und im Sinne des Liberalismus eine freiheitliche Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet wird. Diese beiden Aspekte können als komplementär angesehen werden oder, wie von Kritikern vorgetragen, als sich gegenseitig ausschließend oder zumindest konfligierend.

Der Begriff »Marktliberalismus« (im Englischen »market liberalism« oder seltener »free-market liberalism«) ist eng mit dem des »Neoliberalismus« verwandt (vgl. 2.). Im Vergleich zu den Begriffen »Wirtschaftsliberalismus« oder »Marktwirtschaft« ist mit »Marktliberalismus« keine wirtschaftspolitische Konzeption gemeint, sondern ein Gesellschaftsmodell, dem die Überzeugung zugrunde liegt, dass Wettbewerb derjenige Allokationsmechanismus ist, der die Freiheit des Einzelnen am ehesten gewährleistet.

2.

Der Liberalismus als bürgerliches Programm des späten 18. und des 19. Jahrhunderts propagierte den freien Waren- und Kapitalverkehr und bekämpfte Zunftwesen und Leibeigenschaft. Staatstheoretisch wurde er v.a. von John Locke, Adam Smith und John Stuart Mill vertreten. Der Begriff »Marktliberalismus« wurde in der Nachkriegszeit von den US-amerikanischen Vertretern des klassischen Liberalismus geprägt, um sich von den »liberals« abzugrenzen, die sich für eine Beschränkung des Markts und einen starken Staat einsetzten. Sie hatten den Begriff »Liberalismus« zu Beginn des 20. Jahrhunderts für ihre Vorstellungen reklamiert und sich dabei ebenfalls auf die Texte von Adam Smith und John Stuart Mill berufen. In Europa wird unter »Liberalismus« nach wie vor der klassische Liberalismus verstanden.

Mit dem Begriff »Marktliberalismus« eng verwandt ist der Begriff des »Neoliberalismus«. Als »neoliberal« bezeichneten sich

1938 (auf einem Kolloquium für Walter Lippmann) Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, die sich damit vom Liberalismus des Laissez-faire und des Nachtwächterstaats abgrenzten, aber auch von staatlichen Eingriffen zugunsten von Interessengruppen. Einerseits nahmen sie klassische liberale Topoi in ihr ordnungspolitisches Programm auf, wie beispielsweise das Ziel eines freien Wettbewerbs und die auf allen Ebenen möglichst weitgehende Freiheit der Marktteilnehmer (vgl. Röpke 1950). Andererseits befürworteten sie staatliche Eingriffe, um denjenigen zu helfen, die beim Übergang zu einer funktionierenden Marktwirtschaft nicht für sich selbst sorgen können (vgl. Hayek 1960; Rüstow 1932). Die Neoliberalen kritisierten seit dem Ende der 1950er Jahre auch die neoklassische Gleichgewichtstheorie und die Wohlfahrtsökonomik, die aus ihrer Sicht eine Anmaßung von Wissen darstellen (z.B. weil unterstellt wird, der »soziale Planer« kenne die Interessen der einzelnen Individuen). Außerdem wiesen sie darauf hin, dass die neoklassische Gleichgewichtstheorie den Institutionen keinerlei Bedeutung zumisst, obwohl diese nach ihrer Auffassung eine zentrale Rolle für den Ordnungsrahmen des Markts spielen.

In den 1980er Jahren gewann Milton Friedman mit seiner makroökonomischen Theorie des Monetarismus großen intellektuellen und politischen Einfluss. Seine Theorie steht dem Marktliberalismus nahe, da sie staatliche Interventionen für wirkungslos oder sogar kontraproduktiv hält. Inzwischen wird der Begriff »Neoliberalismus« insbesondere von seinen Kritikern verwandt (von Organisationen wie Attac, aber auch von Chomsky 1999 und Bourdieu 1998; vgl. 3.2.), während »Marktliberalismus« der in geringerem Maße politisierte Begriff ist.

3.

3.1. Der Marktliberalismus fußt auf der klassischen Vorstellung des Wettbewerbs (vgl. Smith 1776), der die Eigeninteressen der Bürger so kanalisiert, dass das Wohl der gesamten

Bevölkerung befördert wird. Die »unsichtbare Hand« des Markts sorgt dafür, dass Privatpersonen, die sich eigennützig verhalten, dadurch den Wohlstand aller erhöhen. Smith wandte sich gegen staatliche Eingriffe (die im England des 18. Jahrhunderts vorrangig dazu dienten, die Staatskasse zu füllen), um eine natürliche Ordnung der Freiheit herzustellen und damit den Interessen der Konsumenten zu dienen.

Zentral für die neoklassische Wettbewerbstheorie ist die Annahme der Nutzenmaximierung bei beschränktem Budget bzw. der Gewinnmaximierung bei minimalen Kosten. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass die Individuen ihre eigenen Interessen rational verfolgen, d. h. diejenige Option wählen, die ihren eigenen Nutzen maximiert.

Die Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts zeigt, unter welchen Voraussetzungen (insbesondere Vollständigkeit der Märkte, Rationalität der Akteure) der Marktmechanismus zu einem Pareto-effizienten Gleichgewicht führt, d. h. zu einem stabilen Zustand, bei dem sich keiner der Marktteilnehmer mehr verbessern kann, ohne einen anderen Marktteilnehmer schlechter zu stellen. Allerdings ist das Marktergebnis im Hinblick auf die Verteilung in keiner Weise ausgezeichnet, so dass extrem ungleiche Pareto-effiziente Allokationen möglich sind.

Sozialphilosophisch wird als wichtiges Merkmal des Marktmechanismus angeführt, dass er auf der Eigenverantwortlichkeit der Individuen basiert (vgl. Hayek 1991). Er ist aber auch insofern moralisch anspruchslos, als er vom Streben nach Eigennutz ausgeht (vgl. 3.2. (c)).

Hayek (1944) betont, dass Wettbewerb nicht allein deswegen der bevorzugte Mechanismus ist, weil er in vielen Zusammenhängen die effizienteste bekannte Methode darstellt, sondern weil er die Handlungen der Einzelnen koordiniert, ohne willkürliche oder durch Zwangsmaßnahmen unterstützte Interventionen einer zentralen Autorität.

Robert Nozick (1974) beschreibt, wie invisible-hand-Prozesse zu einem Minimalstaat führen können. Insbesondere bezeichnet er

solche Zustände als gerecht, die durch gerechte Transfers (z. B. freiwillige Markttransaktionen) zustande gekommen sind. Einige Marktliberale lehnen jeglichen Eingriff in den freien Tausch von Waren als ungerecht ab. So vertritt Hayek (1944) die Ansicht, dass der Begriff der Gerechtigkeit und entsprechende Beurteilungen im freien Markt unangebracht (ein Kategorienfehler) seien. Nozick (1974) hält jeden freien Tausch für gerecht, wenn er frei vollzogen worden ist und wenn jeder Marktteilnehmer anfangs zu Recht im Besitz der Güter ist; jeder strukturelle Eingriff im Namen von Gerechtigkeitsprinzipien, z. B. staatliche Umverteilung, verbiete sich deshalb aus Gerechtigkeitsgründen.

3.2. Die Kritik an der neoklassischen Wirtschaftstheorie lässt sich in drei große Bereiche einordnen, nämlich (a) die Betonung der Rolle von Institutionen für den Marktprozess, (b) die Untersuchung von Informationsasymmetrien und externen Effekten und (c) die Berücksichtigung psychologischer Aspekte. (a) Die Neoklassik vernachlässigt die Rolle von Institutionen für das Funktionieren von Märkten. Die Rechtsordnung, die sicherstellt, dass Verträge eingehalten werden, oder die Unternehmung als Ort der Produktion spielen in der Theorie keine Rolle. Die Institutionenökonomik weist auf diese Defizite hin und entwickelt alternative Ansätze, die die Existenz von Institutionen begründen und rechtfertigen. (b) Häufig haben nicht alle Transaktionspartner dieselben Informationen zur Verfügung. Außerdem können externe Effekte auftreten, d. h. Effekte auf Personen, die nicht an der Transaktion beteiligt sind und damit keinen Einfluss auf den Preis haben. Informationsasymmetrien und externe Effekte können zu Marktversagen führen, aber auch zur Ausbildung von Vertragsformen und Institutionen, die den Akteuren die Realisierung einer für alle vorteilhaften Transaktion ermöglichen. Selbst wenn aus der Diagnose möglichen Marktversagens noch nicht direkt die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe folgt, gibt es Situationen, in denen eine partielle staatliche Regulierung

die effizienteste Lösung darstellt (vgl. Viscusi/Harrington/Vernon 1992). (c) Die psychologische Forschung und die experimentelle Wirtschaftsforschung haben zu einer kritischen Neubewertung des ›homo oeconomicus‹ geführt. Sowohl die Annahme perfekt rationalen Verhaltens, d. h. unbegrenzter kognitiver Fähigkeiten, als auch die Annahme, dass das Verhalten allein durch Eigennutz motiviert ist, stehen im Widerspruch zu den empirischen Befunden. Weiterhin haben psychologische und ökonomische Studien der letzten 30 Jahre gezeigt, dass Individuen keine rationalen Erwartungen haben, Heuristiken benutzen, die zu systematischen Fehlern führen, Präferenzumkehrungen aufweisen und bei intertemporalen Entscheidungen Selbstkontrollprobleme haben und dadurch zeitinkonsistente Entscheidungen fällen. Der empirische Befund, dass Akteure sich häufig anders verhalten, als es in ihrem eigenen Interesse ist, konfligiert mit der zentralen Grundannahme des Liberalismus. Daraus wird gefolgert, dass gewisse weiche Formen des Paternalismus (›libertarian paternalism‹; vgl. Sunstein/Thaler 2003) gerechtfertigt sein können, d. h. Maßnahmen, die mit dem Ziel ergriffen werden, die Entscheidungen der Einzelnen so zu beeinflussen, dass es ihnen besser geht, ohne dabei direkten Zwang auszuüben.

Soziologische und philosophische Argumente gegen den Marktliberalismus beziehen sich auf die soziale Ungleichheit und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Zerfallsprozesse (in unterschiedlicher Form bei Karl Marx, Emile Durkheim und John Rawls). Außerdem wird die Gefahr gesehen, dass Märkte die Grundlagen liberaler politischer Strukturen zerstören können (vgl. Hirsch 1976; Bell 1976; Lane 1991). Weiterhin wird für Marktgesellschaften ein Verdinglichungsprozess diagnostiziert, der zur Entsolidarisierung der Gesellschaft und zur Zerstörung der Autonomie der Individuen führt (prominente frühe Vertreter dieser Entfremdungsthese sind Marx, Georg Simmel und Georg Lukács).

In den 1990er Jahren wird der Marktliberalismus nicht nur für die weltweite Zunahme der Ungleichheit verantwortlich gemacht, sondern auch für die Umweltzerstörung, die Entmachtung und Marginalisierung der Arbeiter durch unsichere Arbeitsverhältnisse (›Prekarisierung‹; vgl. Bourdieu 1998) sowie für eine instabile Weltwirtschaft. Als Beispiel kann hier auf Richard Sennett (1998) verwiesen werden, der beschreibt, wie der Anspruch an die Arbeitnehmer, flexibel zu sein, zu Identitätsverlusten führt.

4.

- Bell, D., 1976, *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York: Basic Books.
- Bourdieu, P., 1998, *Gegenfeuer*, Konstanz: UVK.
- Chomsky, N., 1999, *Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Hamburg: Europa-Verlag 2002.
- Hayek, F. A. v., 1944, *Der Weg zur Knechtschaft*, München: Olzog 2003.
- Hayek, F. A. v., 1960, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen: Mohr 1991.
- Hirsch, F., 1976, *The Social Limits to Growth*, Cambridge: Harvard University Press.
- Lane, R. E., 1991, *The Market Experience*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Meyer, K. U./Alber, J./Beckert, J., 2001, *Die Beste aller Welten? Marktliberalismus vs. Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/M.: Campus.
- Nozick, R., 1974, *Anarchie, Staat, Utopia*, München: Olzog 2006.
- Röpke, W. 1950, *Maß und Mitte*, Erlenbach: Haupt.
- Rüstow, A., 1932, *Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus*, in: ders., *Rede und Antwort*, Ludwigsburg: Hoch 1963.
- Sennett, R., 1998, *Der flexible Mensch*, Berlin: Berlin Verlag.
- Smith, A., 1776, *Der Wohlstand der Nationen*, München: dtv 2001.
- Sunstein, C./Thaler, R., 2003, *Liberal Paternalism*, in: *American Economic Review* 93.
- Viscusi, W. K./Harrington, J. E./Vernon, J. M., 1992, *Economics of Regulation and Antitrust*, Cambridge/MA: MIT Press.
- Willke, G., 2003, *Neoliberalismus*, Frankfurt/M.: Campus.

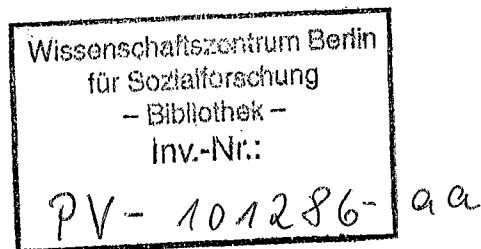
Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie

Herausgegeben von
Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rössler

in Zusammenarbeit mit
Robin Celikates und Wulf Kellerwessel

Band 1

A–M



☺ Gedruckt auf säurefreiem Papier
das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

ISBN 978-3-11-017408-3

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright 2008 by Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, D-10785 Berlin.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Layout und Satz: Dörlemann Satz, Lemförde
Einbandgestaltung: Martin Zech, Bremen
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen